

danken gibt ja auch der Antrag Ausdruck, der von den Vertretern der Zentrumsparlei und auch anderen Parteien gestellt worden ist. Es ist Ihnen ja bekannt, daß durch die Verordnung vom 27. Januar 1916 die Heeresverwaltung, die Marineverwaltung, die Reichskartoffelstelle und die von diesen ermächtigten Stellen und Personen in Zukunft an die Höchstpreise nicht gebunden sind, daß sie jedoch bei den anderen Verkäufen den Befehlen des Reichskanzlers unterliegen. Der Reichskanzler hat auf Grund dieser Verordnung zunächst den genannten Stellen die Ermächtigung erteilt, den Preis um 1,25 M. mit monatlichen weiteren Steigerungen um 25 Pfennig zu erhöhen, während im übrigen, das heißt abgesehen von den Einkäufen, die von diesen Stellen bewirkt werden, die bisherigen Höchstpreise in Kraft bleiben. Sie können sich denken, daß ein derartiger Beschluß nur nach sorgfältiger Erwägung und unter Prüfung aller Verhältnisse gefaßt worden ist, und daß es der Reichsleitung durchaus nicht leicht geworden ist, auch in den hier vorgesehenen Fällen die vorher festgesetzten Höchstpreise für Kartoffeln weiter zu erhöhen. Aber die Gründe, die bereits in der Kommission und auch von verschiedenen Rednern hier geltend gemacht worden sind, waren ausschlaggebend. Es handelt sich ja zunächst nicht darum, der Bevölkerung schon die Versorgung mit Kartoffeln für den Winter zu verteuern. Reichs- und Staatsregierung haben Vorkehrung getroffen, daß die Kartoffeln bis zum 15. März unter allen Umständen zum bisherigen Höchstpreis geliefert werden können. Wenn nach diesem Datum eine mäßige Erhöhung der Preise eintritt, so steht dieselbe durchaus im Einklang mit den Erhöhungen der Preise, die die Kartoffeln überhaupt, auch in Friedenszeiten, aufzuweisen hatten. Aber auch ganz abgesehen davon erschien eine Preissteigerung notwendig, weil doch unbedingt dafür gesorgt werden muß, daß die Kartoffeln nicht weiter verfaulen, daß sparsamer mit ihnen umgegangen wird und daß die Kartoffelerzeuger auch einen Anreiz haben, die Kartoffeln soweit wie möglich dem menschlichen Konsum zu erhalten und zuzuführen. Es wird mir entgegengehalten werden, daß das auf dem Wege der

ist hart, aber die einzige Möglichkeit, nach dieser Richtung hin Wandel zu schaffen und vor allen Dingen dem unmöglichen Anrennen der Bevölkerung bei den Butterläden ein Ende zu machen. (Sehr richtig!) In einer Reihe von Städten ist eine solche Regelung bereits erfolgt.

Auch bei der Milch ist nicht davon die Rede, daß der notwendige Bedarf der Bevölkerung bei diesem Nahrungsmittel nicht gedeckt werden könnte. Aber da die Milchproduktion zurückgegangen ist, ist auch die Milchproduktion zurückgegangen. Die notwendige Aufrechterhaltung unserer Milchproduktion führt von selbst dazu, bei den Kartoffeln, die zur Verfütterung des Rindviehs gelassen werden, möglichst weite Zugeständnisse zu machen. Die Viehbestände müssen am Leben bleiben und für die weitere Zucht muß gesorgt werden. Die Heeresverwaltung macht dauernd großen Anspruch an die Viehbestände. An Schweinen kann der Bedarf bei weitem nicht gedeckt werden. Beim Rindvieh kommt es sehr darauf an, nach Möglichkeit für entsprechenden Nachwuchs zu sorgen.

Ich stelle aber fest, daß wir über die schlimmsten Monate des Winters schon wieder hinweg sind. Wir gehen dem Frühjahr entgegen. Wir werden demnächst die Weide haben, die wir in einigen Bezirken des Westens schon haben. Dann wird die Ernährung der Viehbestände besser sein, und für die Ernährung der Bevölkerung werden die Gartenerzeugnisse auf den Markt kommen.

Aus den Reden einiger Abgeordneten und aus der Presse wurde den Landwirten die sogenannte

Zurückhaltung der Vorräte

zum Vorwurf gemacht. Ich bin weit davon entfernt, zu leugnen, daß an einzelnen Stellen eine Zurückhaltung von Vorräten stattgefunden hat. Aber der Gesamtheit der Landwirte ist eine derartige Zurückhaltung, wie die Zahlen bei der Kartoffelversorgung im Westen beweisen, nicht zum Vorwurf zu machen. (Beifall rechts und im Zentrum.) Wenn der kleinere Landwirt zurückgehalten hat, so hat er es nicht getan, um sich selbst und seine Angehörigen besser zu ernähren, sondern um seine Viehbestände am Leben erhalten zu können. Dieses Streben sollte man nicht unterdrücken, sondern nach Möglichkeit fördern. Denn wenn der kleine Mann seine Liebe zum Vieh verliert, dann wird die weitere Ernährung unseres Viehbestandes ohne weiteres preisgegeben. (Sehr richtig!) Sehen Sie mit dem Ernst, den die Lage erfordert, aber auch vertrauensvoll in die Zukunft. Sie sind überzeugt, daß die Regierung und das Landwirtschaftsministerium jede berechtigte Kritik gern entgegennehmen. (Beifall.) Noch besser aber sind praktische Vorschläge, die möglich und erreichbar sind. Sie dürfen dann überzeugt sein, daß sie nicht vergeblich an die Türen des Landwirtschaftsministeriums klopfen werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Braun (Soz.): Auf dem wirtschaftlichen Kriegsschauplatz im Innern haben wir leider keine geschlossene Front mehr wie draußen im Felde, sondern hier fliegen mehr die materiellen Interessen. Die Kartoffelgroßhändler haben ihre Vorräte zurückgehalten und wahrhaft Wucher getrieben. Herr Roefide sollte hier nicht von den Opfern der Landwirtschaft sprechen. Es ist von einem christlichen Pfarrer zugegeben worden, daß die Landwirte in diesem Kriege große Verdienste eingeleistet haben, und das erbittert eben die Bevölkerung. Gegen den Lebensmittelwucher muß viel schärfer vorgegangen werden.

Abg. Giesberts (Ztr.): Nicht in allen Kreisen der Bevölkerung erkennt man die Tragweite der Maßnahmen zur Abwendung der Aushungerungsgefahren. Die Arbeiter erkennen sie. In keinem Lande der Welt ist die Arbeiterschaft so anpassungsfähig wie bei uns, verrichtet sie während des Krieges eine solche Mehrarbeit trotz erschwelter Ernährung. Unangenehme Lebensgewohnheiten müssen in der Kriegszeit beiseite gestellt werden. Die neu geschaffenen Einrichtungen für die wirtschaftlichen Fragen haben keine Erfahrungen, die dem Kriege Rechnung tragen, man hat sich eben immer zu sehr für den Kriegsausfall auf das Militär verlassen, wir brauchen für später einen wirtschaftlichen Kriegsplan. Kein Mensch glaubt der Regierung mehr, wenn sie sagt, die Preise werden erhöht oder nicht erhöht. Es wäre erwägenswert, mit den Landwirten Verträge abzuschließen, daß sie bestimmte Speisekartoffeln bauen und dafür hinreichende Mindestpreise bekommen. An Hand der Kriegserfahrungen muß die Lebensmittelversorgung der Großstadt, besonders des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, studiert werden, damit entsprechende Maßnahmen getroffen werden können. Dem deutschen Volke muß die Gemeinsamkeit in dieser schweren Zeit erhalten bleiben. (Beifall.)

Abg. Kreth (Kons.): Alle Kreise der Bevölkerung müssen zusammenhalten. Hohe Preise sind nicht zu vermeiden, weil wir in einer belagerten Festung sind, weil England den Krieg gegen Greife, Frauen und Kinder führt. Die bösen Agrarier sind an der Leuerung nicht schuld. Die Frauen auf dem Lande leisten jetzt das, was sonst kräftige Männer tun mußten. (Zuruf: Das ist in allen Kreisen so!) Gewiß, aber die Landwirtschaft hat man noch nicht genügend erwähnt. Dann die angeblich verhältnismäßig geringen Vorräte. Es ist volkswirtschaftlich besser, die Landwirte überlassen, als wenn sie unterschätzt hätten. Man konnte sich in diesem Jahre außerordentlich täuschen. Die Prokration ist in Belgien größer als bei uns. Das geht in der Nächstenliebe zu weit. Die brüderliche Einigkeit ist bei den Sozialdemokraten mit ihrer Mehrheit und Minderheit nicht groß. Hört man von dort Mahnungen, wie sie der Abg. Braun hier ausgesprochen hat, so ist das so, als wenn jemand seine Frau prügelt und dann Vorträge über glückliche Ehen hält. (Heiterkeit.) Die Blüte der Landwirtschaft hat die Blüte der Industrie und des Handels zur Folge. Herr v. Campe hat recht, die Höchstpreise sind fast überall zu Normalpreisen geworden. Das ist ein Zeichen dafür, daß die Höchstpreise zu niedrig gewesen sind. Die Landwirte schwimmen nicht im Gelde. Beim Handel und bei der Industrie liegt fast viel Geld brach, weil die Betriebe stillliegen. Die freien Berufe leiden besonders schwer. Der Redner bespricht dann die Schwierigkeiten der Kartoffelversorgung. Eine Beschlagnahme würde für die kleinen Landwirte und ihren Viehbestand ruindis wirken. Organisation und Einteilung ist das einzige Hilfsmittel, sie müssen verbunden sein mit Einheitlichkeit und Opferinn.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Persönlich erklärt Abg. Hoff (Fortschr. Vp.), daß auch die Fortschrittliche Volkspartei die Leistungen der Landwirtschaft durchaus anerkenne. Wir sind nicht grundföhllich gegen jeden Zoll, das beweist unsere Zustimmung zum Caprivischen Zolltarif. Wir sind aber auch nicht grundföhllich gegen jeden Schutz Zoll.

Die Abstimmungen.

Die Beschlüsse der Staatshaushaltskommission zu den Fragen der Volksernährung werden im wesentlichen angenommen.

Angenommen wird auch ein Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei, wonach Maßnahmen getroffen werden sollen, um das Brotgetreide aus der kommenden Ernte wirksamer als bisher gegen Verfäulnis zu sichern.

Auch der Antrag Porstch (Z.), dahin zu wirken, daß die Höchstpreise für Kartoffeln vom 28. Oktober 1915 bis

Beschlagnahme und Entelgnung

auch zu erzielen sein würde. Ich glaube, das ist eine irrige Annahme. Man wird in einzelnen Fällen — und das ist auch geschehen — zu einer Beschlagnahme und zu einer Entelgnung schreiten, aber eine generelle Beschlagnahme der Kartoffeln ist einfach unausführbar, weil sie die Fortführung zahlreicher Wirtschaften in Frage stellen würde, weil sie die Erhaltung unserer Viehbestände, die ebenso notwendig sind und zweifellos gefährdet sind, auf die Dauer in Frage stellen würde. Ich glaube, wenn man diese Gesichtspunkte beachtet, wird man der Reichsregierung in den getroffenen Maßnahmen zustimmen müssen, so hart sie auch für diejenigen sind, die die Kartoffeln im Frühjahr teurer bezahlen müssen, als es im Winter der Fall gewesen ist.

Was bei den Kartoffeln der Fall ist, trifft auch bei den anderen Fruchtarten zu. Wir haben unsere größte Aufmerksamkeit darauf gerichtet, daß nicht allein die augenblicklich vorhandenen Vorräte in möglichst gleichartiger Weise den Verbrauchern zugeführt werden, es kommt ebenso darauf an, daß wir die Erzeugung in ihrem bisherigen Umfange aufrecht erhalten und wenn möglich noch steigern, und wenn dazu kein anderes Mittel zu Gebote steht, kann bleibt eben nichts anderes übrig, als eine Erhöhung der Preise, wie sie von der Reichsregierung vorgenommen worden ist, eine Erhöhung, die, wie ich schon bemerkte, den Preiserhöhungen der Friedenszeiten sich einigermaßen anschließt und die unbedingt auch deswegen notwendig ist, weil, wie schon öfter bemerkt wurde, man den Preis der Kartoffeln einigermaßen dem Wert gleichstellen muß, den die Kartoffel als Futtermittel hat.

zu Hafer und Gerste.

Durch die Verordnung vom 10. Januar ist die Möglichkeit gegeben worden, bei der sofortigen Einziehung von Hafer den Preis zunächst um 60 M. und weiterhin um 30 M. gegen den bisherigen Höchstpreis zu erhöhen. Der Abg. Johannsen hat dem Wunsch Ausdruck gegeben, und zwar, wie er sagt, in Übereinstimmung mit dem weitaus größten Teile des Hauses, daß der erhöhte Haferpreis auch denjenigen nachgeholt werden möchte, die schon früher ihren Hafer abgeben mußten. Es ist zweifellos nicht zu verkennen, daß diejenigen, die ihren Hafer rechtzeitig und auf besonderen Wunsch der Heeresverwaltung früher abgeliefert haben, wie sie es sonst getan haben würden, hernach dadurch sich betroffen fühlen, daß andere, die ihren Hafer später ausgedroschen, später zur Ablieferung gebracht haben, einen erhöhten Preis erzielen. Aber ich bitte ja zunächst nicht zu vergessen, daß ein derartiger Kummer im Kriege an der Tagesordnung ist und daß zum Beispiel diejenigen, die im Sommer 1914 ihre Ernte zu den damaligen verhältnismäßig niedrigen Preisen verkauft hatten, zweifellos ein sehr langes Gesicht gemacht haben, als nachher die Höchstpreise eingeführt wurden und diejenigen einen höheren Preis bekamen, die den Verkauf ihrer Ernte zurückgehalten hatten. Es erscheint mir nicht gerechtfertigt, allen denjenigen, die früher ihren Hafer abgeliefert haben, den erhöhten Preis nachzuzahlen. Ich glaube, daß die nach dieser Richtung hin geäußerten Hoffnungen definitiv begraben werden müssen. Was die Frage betrifft, ob den Landwirten der sogenannte ersparte Hafer und die sogenannte ersparte Gerste, also die Quantitäten, die sie nach den bisherigen Bestimmungen mit Recht beanspruchen könnten, die sie aber tatsächlich nicht veräußert haben, nicht in Anspruch genommen werden, so schweben darüber noch Verhandlungen mit dem Kriegsminister. Es ist nicht richtig, daß ich meinerseits definitiv zugesichert habe, daß diese Quantitäten nicht in Anspruch genommen werden, dazu hatte ich gar keine Berechtigung. Ich habe mich darauf beschränkt, dem Kriegsminister den Antrag zu unterbreiten, wenn möglich diese in Frage stehenden Quantitäten den Landwirten zu belassen. Die Sache hängt schließlich davon ab, ob die Heeresverwaltung genötigt ist, zur Deckung ihres Bedarfes diese Quantitäten in Anspruch zu nehmen oder ob sie darauf verzichten kann. Es handelte sich beim Hafer um Verhältnisse, die beim Beginn des Herbstes nicht übersehen werden konnten. Unter allen Umständen mußte, selbst bei Erhöhung des Preises, die rasche Versorgung des Heeres sichergestellt werden.

Butter-, Milch- und Fleischversorgung.

Es ist meines Erachtens unumgänglich notwendig und wird von verschiedenen großen Städten auch schon betont, daß der Verbrauch an Butter durch Butterkarten rationiert wird. Es wird vorausichtlich auch in den nächsten Monaten noch mit der Knappheit der Butter so bleiben, und es wird unbedingt notwendig sein, über die Butter, die zur Verfügung steht, in der Weise zu verfügen, daß jeder einzelne, wenigstens in den größeren Städten und Industriebezirken, nur ein bestimmtes Quantum Butter erhalten kann. Das

9. Sitzung, Donnerstag, 17. Februar. Zweite Lesung des Haushalts. (Dritter Tag.) (Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer (fortfahrend):

Da sind einige Zahlen für die Kartoffelversorgung im Westen charakteristisch. Durch eine amtliche Statistik des Ministers der öffentlichen Arbeiten wird nachgewiesen, daß im Jahre 1915 90 000 To. Kartoffeln nach dem Westen mehr genommen sind als im Jahre 1914. (Hört, hört!) Im Jahre 1914 waren es 255 244 To., im Jahre 1915 aber 344 320 To. Nun ist von verschiedenen Oberbürgermeistern die Richtigkeit dieser Statistik bestritten worden. Gewiß mögen einigen Städten einige oder mehrere Wagen Kartoffeln angehängt sein, die ihren Weg in andere Gegenden genommen haben. Aber es steht doch wohl fest, daß der Wahrscheinlichkeit nach im Jahre 1915 mehr Kartoffeln nach dem Westen gekommen sind als im Jahre 1914. Der kartoffelreiche Osten und auch die Mitte der Monarchie haben ihre Schuldigkeit gegenüber den westlichen Verbrauchern getan. (Sehr richtig! rechts.) Wenn sie 1915 noch mehr Kartoffeln als 1914 nach dem Westen geliefert haben, wird man ihnen nicht vorwerfen können, daß sie mit ihren Kartoffeln ganz besonders in diesem Jahre zurückgehalten hätten. (Sehr richtig!) Wenn das richtig ist, und wenn man erwägt, daß im Jahre 1915 die Kartoffelverzehrung in den Städten nicht zugenommen, sondern infolge der Einberufungen zum Militär abgenommen hat, so drängt sich mit Recht die Frage auf: Wo sind eigentlich diese Kartoffelvorräte geblieben? (Sehr richtig! rechts.) Diese Kartoffelvorräte sind von den Städten des Westens in Empfang genommen und dem

Kleinhandel

übergeben worden. Eine Bestandsaufnahme, die am 16. Januar stattgefunden hat, ergibt das ebenfalls sehr interessante Resultat, daß zum Beispiel im Regierungsbezirk Düsseldorf, wenn man 1 1/2 Pfund Kartoffeln für den Tag und Kopf zugrunde legt, die Vorräte bis zum 15. März (hört, hört!), und im Regierungsbezirk Köln ebenfalls bis zu diesem Datum und wahrscheinlich noch länger reichen würden, und daß trotzdem in nahezu allen Städten dauernde Kartoffelnot bestand. (Hört, hört!) Wenn man die Kartoffeln dem Kleinhandel übergibt und nicht dafür sorgt, daß sie dem Verbraucher zugeführt werden, so ist das Ergebnis nicht wunderbar. Nach den Berichten der Regierungspräsidenten haben sich auch die wohlhabenderen Kreise der Bevölkerung teilweise reichlich und für Monate mit Kartoffeln eingedeckt, die ärmeren Haushaltungen, die nach ihren Mitteln nur in der Lage sind, für wenige Tage Kartoffeln zu beziehen, haben, wenn diese Tage vorüber sind, wiederum Mangel an Kartoffeln. Bei diesem Verfahren würde der Osten, auch wenn er doppelt soviel Kartoffeln hätte, auf die Dauer dem Bedarf nicht gerecht werden können.

Ich habe sowohl den Oberpräsidenten wie den Regierungspräsidenten und Oberbürgermeistern gesagt, daß es unbedingt notwendig sein würde, die weitere Verteilung der Kartoffeln in der Weise zu regeln, daß sie in erster Linie denjenigen zugeführt werden, die noch notwendigen Bedarf an Kartoffeln haben. Die Verordnung vom 7. Februar wird hoffentlich dazu beitragen, die Klagen, wie sie jetzt geltend gemacht wurden, in Zukunft verstummen zu lassen. Dabei möchte ich noch bemerken, die Städte und Industriebezirke haben nicht allein 1 1/2 Pfund Kartoffeln pro Kopf und Tag als Bedarf angegeben, sondern außerdem noch für jedes Schwein 5 Pfund und für jedes Stück Rindvieh 2 Pfund täglich. Was das für Wirkungen hat, bitte ich daraus zu entnehmen, daß zum Beispiel im Regierungsbezirk Düsseldorf für diese vom Osten bezogenen Kartoffeln 113 131 Schweine in Betracht kommen, was bei 5 Pfund nahezu 600 000 Zentner macht, und vom Rindvieh 185 781 Stück, die mit 2 Pfund täglich bei der Kartoffelversorgung in Anrechnung gebracht werden. Für die Ernährung besonders der arbeitenden Bevölkerung ist es wichtig, daß sie auch ihre Kuh oder ihr Schwein weiterzubringen vermag. Aber der Zweck der Versorgung der Städte mit Kartoffeln und der Heranziehung der Kartoffeln von den Landwirten, selbst unter Anwendung von Beschlagnahme, war doch eigentlich nicht die Ernährung der Viehbestände, sondern der Bevölkerung. Nur unter dem Gesichtspunkte sind die Höchstpreise zu rechtfertigen, wie sie im vorigen Herbst festgestellt worden sind. Der Abg. Herold hat besonders die in Aussicht stehende Erhöhung der Kartoffelpreise bemängelt. Diesem Ge-